

# RELIGIÖSER NATIONALISMUS IN JAPAN'

Sōka Gakkai und Kōmeitō

Von GUNTRAM RAHN

Eine immer prominentere Rolle im öffentlichen Leben Japans spielen seit einigen Jahren eine junge religiöse Bewegung, Sōka Gakkai, und die von ihr gegründete politische Partei Kōmeitō.

Der steile Aufstieg zu einem Machtfaktor von Bedeutung liegt erst so kurze Zeit zurück, daß die bisher in englischer Sprache vorliegende Literatur diese Entwicklung noch nicht verzeichnet. So erwähnen Scalapino-Masumi in ihrem 1962 erschienenen Buch „Parties and Politics in Japan“ die Sōka Gakkai lediglich ein einziges Mal, in einem Nebensatz (S. 92). Aber auch auf japanisch sind nur wenige Werke erschienen, die sich mit diesem Phänomen befassen. Hierbei handelt es sich zumeist um freundliche beschreibende Darstellungen wie beispielsweise MURAKAMI Shigeyoshi<sup>1</sup>, Sōka Gakkai = Kōmeitō, Tōkyō 1967<sup>2</sup>. Kritische Analysen fehlen noch. Der wachsende Einfluß von Sōka Gakkai und Kōmeitō macht eine Beschäftigung mit Entstehungsgeschichte und Aussagen dieser Bewegung erforderlich. Ihr politisches Gewicht wirft inzwischen Probleme sowohl politischer als auch verfassungsrechtlicher Natur auf, deren Diskussion in der japanischen Öffentlichkeit bevorsteht.

## I. Sōka Gakkai

Sōka Gakkai bedeutet „Studiengesellschaft zur Erschaffung von Werten“.

Ihre Anfänge liegen in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg, als Shintō, die Lehre von der Sonnengöttin Amaterasu Omikami als Urahn des japanischen Kaisers, zur Staatsreligion erhoben worden war. Das verfassungsrechtliche Prinzip des „kokutai“ (wörtl.: Körper des Staates) zementierte die dadurch begründete Stellung des Kaisers und schuf besondere, außerhalb des Erfassbaren liegende Bande zwischen ihm und seinen Untertanen, dem japanischen Volk. Im Jahre 1937 definierte das vom Ministerium für Erziehung herausgegebene Werk „Kokutai no hongi“ (Grundprinzipien des kokutai) diesen Begriff wie folgt: „Das große Kaiserreich Japan wird für alle Zeiten regiert unter der Führung der himmlischen Anordnungen der kaiserlichen Vorfahren des Kaisers, dessen Linie für ewige Zeitalter ungebrochen ist. Das ist unser immerwährendes und unwandelbares kokutai<sup>3</sup>.“ In demselben Jahr gründete der Schullehrer MAKIGUCHI Tsunesaburō, ein aktives Mitglied der buddhistischen Nichiren Shōshū, der „Wahren Nichiren-Sekte“, die Laiengruppe „Sōka Kyōiku Gakkai“ (Erziehungsgesellschaft zur Erschaffung von Werten).

Die Wahre Nichiren-Sekte geht auf den buddhistischen Priester NICHIREN (geb. 1222, gest. 1282) und auf die Hokke-shū (Lotus-Sekte) zurück, NICHIREN ist eine der markantesten Gestalten der japanischen Religionsgeschichte, die Hokke-

---

\* Das Buch von Domoulin, Buddhismus der Gegenwart, Freiburg 1970, das auf S. 166—187 ausführlich über die Sōka Gakkai berichtet, konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Wir werden bei einer Besprechung des Werkes im nächsten Heft darauf zurückkommen — Red.

1 Japanischem Brauch entsprechend sind die Familiennamen zuerst genannt.

2 Kürzlich ist in Englisch herausgekommen: MURATA Kiyooki, Japan's New Buddhism, New York 1969. In einem Vorwort lobt der Präsident der Sōka Gakkai, Ikeda Daisaku, den Verfasser und sein Werk.

3 Kokutai no hongi, 10. Aufl., Tōkyō 1943, S. 9.

shū die einzige in ihrem Ursprung wirklich japanische buddhistische Sekte. Ihr Verfechter NICHIREN bekämpfte mit fanatischem Eifer alle anderen religiösen Lehren als häretischen Irrglauben. Er predigte Intoleranz und Nationalstolz. Sein militanter und unduldsamer Geist war außergewöhnlich in einem Land, dessen religiöse Einstellung gekennzeichnet wurde von einer Toleranz, die zuzeiten fast an Gleichgültigkeit grenzte. Ebenso neu war das übersteigerte Nationalempfinden. Während westliche Geschichtswissenschaftler allgemein zu der Erkenntnis gelangt sind, der Nationalismus sei ein westliches Phänomen, das erstmals in den amerikanischen Befreiungskriegen und der Französischen Revolution hervortrat, kann die Behauptung aufgestellt werden, daß der japanische Nationalismus auf die Schriften NICHIRENS zurückzuführen ist. Der Nationalismus Nichirens darf allerdings nicht im Sinne eines „sacro egoismo della patria“ verstanden werden. Er beruhte auf nationalem Sendungsbewußtsein und mündete in einen umfassenden Universalismus.

Im Mittelpunkt der von NICHIREN propagierten Lehre steht nicht eine Gottheit, sondern das Lotus-Sutra (Saddharma-pundarika-Sutra = Rede vom Lotus des guten Gesetzes), ein spätbuddhistischer Text, der ständig mittels der Gebetsformel „Namu myō hō rege kyō“ (Ehre sei dem Sutra des Lotus des wunderbaren Gesetzes) angerufen werden soll. So erlange der Gläubige Seligkeit und Heil. Nichiren forderte die Bekehrung der Welt durch das Lotus-Sutra und die Errichtung eines Heiligen Stuhls in Japan. Seine Anhänger verehrten ihn als einen Bodhisattva (werdenden Buddha), der nach Japan gesandt sei, um von dort aus die Menschheit zu erretten. Hierin ist die Überzeugung der Nichiren-Buddhisten begründet, daß Japan das auserwählte Land ist und die Japaner das auserwählte Volk. Ihr Nationalismus ist somit nicht identisch mit dem japanischen Staatsnationalismus, der auf Kaiserhaus und Shintō begründet war. Die Nationalismen standen sich gegenüber. Die Anhänger der Wahren NICHIREN-Sekte (wie die Lotus-Sekte nach Nichiren genannt wurde) lehnten aus ihrer Unfehlbarkeitsauffassung heraus auch den Shintōismus entschieden ab, — der Shintō-Staat verlangte die Unterwerfung aufgrund des kokutai-Prinzips. 1942, als die Mitgliederzahl etwa 3000 erreicht hatte, wurde die Sōka Kyōiku Gakkai aufgelöst. Ihr Gründer, MAKIGUCHI Tsunesaburō, und sein engster Mitarbeiter, TODA Josei, erhielten Gefängnisstrafen.

Gesetzliche Grundlage für diese Maßnahmen war das Gesetz zur Erhaltung des Friedens von 1925, das jedes gegen kokutai gerichtete Verhalten untersagte.

MAKIGUCHI Tsunesaburō starb 1944 im Gefängnis an akuter Unterernährung. Sein Mitarbeiter TODA Josei konnte dagegen nach Kriegsende die Laienorganisation — nunmehr unter dem Namen „Sōka Gakkai“ (Studiengesellschaft zur Erschaffung von Werten) — fortsetzen. Mit dem Zusammenbruch des Shintō als Staatsreligion und dem Inkrafttreten der Verfassung von 1947 waren die äußeren Bedingungen für eine Verbreitung der Sōka Gakkai gegeben. Das kokutai-Prinzip fand in der neuen Verfassung keinen Niederschlag. Der Kaiser ist gem. Art. 1 der japanischen Verfassung von 1947 „Symbol des Staates und der Einheit des Volkes, seine Stellung ableitend vom Willen des Volkes, dem die souveräne Macht innewohnt“. Nach Art. 20 Abs. 1 S. 1 jap. Verfassung von 1947 wird die Freiheit der Religion allen garantiert.

Als TODA 1958 starb, gehörten bereits 75 000 Familien der Sōka Gakkai an. Doch erst 1960 begann der wirkliche Aufstieg. Am 3. Mai 1960 wurde IKEDA Daisaku (geb. 1928), ein brillanter Organisator, dritter Präsident der Sōka Gakkai. Die buddhistische Laienbewegung konnte nun alljährlich neue Erfolgswahlen bekanntgeben:

- 1961 gehören ihr 2,1 Millionen Haushalte an.
- 1963 wird am Fuß des Berges Fuji die gewaltige Tempelanlage Taiseki-ji (Großer Steintempel) als Hauptsitz der Sōka Gakkai errichtet. Zutritt zu diesem Gebäudekomplex haben nur Gläubige, keine ungläubigen Japaner und keine Touristen.
- 1964 zählt man 3,8 Millionen Haushalte. IKEDA Daisaku gründet die politische Partei Kōmeitō.
- 1965 hat die Sōka Gakkai nach Angaben des Statistischen Jahrbuches 14 Millionen Anhänger. IKEDA nimmt unter Berufung auf NICHIREN ein ausländisches Missionsprogramm in Angriff; es werden Missionsstationen in Amerika eröffnet.
- 1966 wird in Paris ein europäisches Hauptquartier gegründet.
- 1968 gehören der Sōka Gakkai nach eigenen Angaben 6,6 Millionen Familien an.
- 1969 verzeichnet die Laienbewegung 250 000 Mitglieder im Ausland, 17 000 davon in den USA, 5500 in Frankreich.
- 1970 soll die Zahl der zur Sōka Gakkai konvertierten Haushalte 7,5 Millionen erreichen.

Ist dieser Aufschwung auf die theoretischen Aussagen der Sōka Gakkai zurückzuführen oder auf die praktische Wirklichkeit der organisierten Gemeinschaft?

Die Lehre der Sōka Gakkai trägt deutlich synkretistische Züge. Ihr Kerngehalt geht jedoch auf Gedanken MAKIGUCHI Tsunesaburōs zurück, die dieser, anknüpfend an das Dogma Nichirens, in der Zeit von 1928 bis 1937 veröffentlichte. Sie betreffen die „Erschaffung von Werten“.

Ziel allen menschlichen Strebens sei das Glück. Dieser Zustand könne nur auf Erden erreicht werden. Das Glück setze sich zusammen aus materiellen Werten, wie Eigentum und Verdienst, und aus immateriellen Werten, wie Schönheit und Klugheit. Diese Werte erlange mit Gewißheit, wer der Lehre NICHIRENS folge, denn NICHIREN sei der Erlöser. Der Glaube an NICHIREN müsse sich in zwei täglich vorzunehmenden religiösen Übungen manifestieren, erstens in der Rezitation der Gebetsformel „Namu myō hō rengo kyō“, zweitens in der Verehrung des Daigohonzon, eines Mandala mit den Schriftzeichen der Gebetsformel. NICHIREN soll es 1281 persönlich seinen Schülern überreicht haben. Das Original wird in dem Haupttempel Taiseki-ji aufbewahrt; jeder Proselyt erhält eine Nachbildung.

In Fortbildung dieser recht einfachen Glaubenssätze verstand es IKEDA Daisaku, auf geniale Weise Lehre und Wirklichkeit der Sōka Gakkai miteinander zu verbinden, um damit der Aufwärtsentwicklung der Bewegung einen fortdauernden Impetus zu geben. Er lehrte, daß die Glückseligkeit auf Erden sich für den einzelnen Gläubigen um so schneller verwirkliche, je mehr Anhänger der Sōka Gakkai Folge leisteten. Der einzelne könne daher zur Beschleunigung des Eintretens des Glückszustandes beitragen, indem er neue Anhänger bekehre und für die Ziele der Sōka Gakkai gewinne. Dazu soll sich der Gläubige der Methode des „shakubuku“ bedienen, die von TODA Josei angeregt und von IKEDA Daisaku perfektioniert wurde. Shakubuku heißt „zerbrechen und unterwerfen“, es bedeutet die Legitimation eines jeden Mittels — vom unablässigen Überreden bis zur Anwendung physischer Gewalt — zum Zwecke der Erwirkung von Beitrittserklärungen. Auf den zu Konvertierenden braucht keine Rücksicht genommen zu werden, denn es heißt: „Wenn Sōka Gakkai die Welt bekehrt hat, werden alle Probleme politischer, ökonomischer und sozialer Art verschwinden, und große Harmonie wird einkehren<sup>4</sup>.“ Das

<sup>4</sup> Vgl. Koepping, Soka Gakkai — die kämpferische neue Religion Japans, in: Indo Asia 1969.

Prinzip des shakubuku hat der Sōka Gakkai zur Zeit seiner konsequenten Anwendung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre den Ruf fanatischer Aggressivität eingetragen. Seine Erfolge können jedoch nicht bestritten werden.

Eine weitere, von IKEDA Daisaku eingeführte Besonderheit liegt im Bereich der Organisationsstruktur. Die Mitglieder der Sōka Gakkai sind in einer hierarchischen Pyramide straff organisiert. Dabei bestimmt sich der Aufbau nach der Folge der Konvertierungen: Der Bekehrte untersteht dem Bekehrer und kann seinen Rang innerhalb der Organisation nur erhöhen, indem er neue Mitglieder konvertiert, die dann ihm untergeordnet sind. Es liegt auf der Hand, daß diese Regelung den Bekehrungseifer der Sōka Gakkai-Anhänger gefördert hat.

Die Mitglieder der Laienbewegung sind darüber hinaus nach unterschiedlichen Kriterien in zahlreichen Vereinigungen und Abteilungen zusammengefaßt. Es gibt Männergruppen, Frauengruppen, Kindergruppen, Studentenorganisationen, Kunstklubs, Musikkreise, Bergsteigervereinigungen, politische Diskussionsrunden usw.

An der Spitze des Ganzen steht in unumschränkter Machtfülle der Präsident IKEDA Daisaku, den seine Anhänger in Ehrerbietung nur „Sensei“ (Meister) nennen. Um ihn wird ein sich ständig intensivierender Personenkult getrieben. In den Publikationen der Sōka Gakkai, die insgesamt eine Tagesauflage von 5 Millionen erreichen, feiert man IKEDA bereits als Reinkarnation NICHIRENS. Der Aufstieg der Sōka Gakkai ist somit auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zuerst auf den Nationalstolz der Japaner: Das japanische Nationalbewußtsein wurde durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht gebrochen, sondern nur erschüttert. In der durch die Abschaffung des kokutai-Prinzips entstandenen Leere bot sich Sōka Gakkai mit dem buddhistischen Dogma des auserwählten Volkes als Ersatz an und wurde von vielen bereitwillig akzeptiert. Ein weiterer Faktor liegt in der Tendenz zur Bildung von Oyabun-kobun (Vater-Kind)-Verhältnissen. Sie sind, wie in der Feudalzeit, so auch heute noch ein typisches Merkmal der japanischen Gesellschaftsstruktur. Der Charakter dieser Subordinationsverhältnisse ist aufgrund vielerlei Beziehungen und Verpflichtungen zumeist sehr persönlicher Natur und damit um so stabiler. Der sich Unterordnende leistet kritiklose Gefolgstreue, sein „Meister“ gewährt ihm Schutz und Sicherheit. Derartige Bindungen sind in dem hierarchischen Aufbau der Sōka Gakkai häufig und unverkennbar, insbesondere in dem Verhältnis zwischen den Gläubigen der Laienbewegung und ihrem Präsidenten IKEDA. Auch das Gemeinschaftsbedürfnis vieler Japaner hat zu dem Aufschwung der Sōka Gakkai beigetragen. Ihnen gibt das Bewußtsein der Gemeinschaft und des Zugehörigseins zu einer mächtigen Gruppe in der sie umgebenden hypermodernen und technisierten Welt Gefühle der Sicherheit und Geborgenheit. Die Sōka Gakkai betont den Gemeinschaftsgedanken. In ihren Klubs und Vereinigungen finden die Mitglieder vielerlei Möglichkeiten gemeinsamer Betätigung. „Kultur-feste“, gewaltige Massenveranstaltungen mit Spielen und sportlichen Wettkämpfen, wie sie in Ausmaß und technischer Präzision sonst nur in totalitären Staaten bekannt sind, stellen alljährlich für die Sōka-Gakkai-Anhänger den Höhepunkt gemeinschaftlichen Erlebens dar. Schließlich hat auch das Versprechen der Sōka Gakkai, den Gläubigen auf Erden ein Reich des Friedens in Wohlstand und Glück zu schaffen, anziehend gewirkt. Der Glaube an ein paradiesisches Jenseits ist in Japan nicht verbreitet. Vor allem die einkommensschwachen Bevölkerungsteile in den großen Städten sind mit der Vision eines glücklichen Lebens im Überfluß nach dem Tode nicht zu gewinnen. Aus eben dieser unteren Mittelschicht rekrutiert sich das Gros der Anhängerschaft der Sōka Gakkai, entschlossen, durch die Erschaffung

von Werten schon im Diesseits an allem Wohlstand teilzuhaben. Die Mitglieder der buddhistischen Laienbewegung sehen sich vereint in dem Streben, für sich und die Welt unter der (zumindest geistigen) Führerschaft Japans ein irdisches Himmelreich zu verwirklichen.

Um dieses globale Ziel zunächst im nationalen Bereich durchzusetzen, ist die Sōka Gakkai bestrebt, auch andere Kreise der japanischen Gesellschaft anzusprechen und zu bekehren. Ein Industriellenklub und eine Aristokratenvereinigung sind bereits gegründet. Eine Gewerkschaft, die sich in Konkurrenz zu den unternehmensbezogenen Gewerkschaften und dem mächtigen Gesamtverband Sōhyō um die Gunst der Arbeiter bemühen soll, ist geplant. Die akademische Welt will die Sōka Gakkai beginnend mit dem Bau einer Universität erschließen, deren Fertigstellung für 1971 in Aussicht gestellt ist.

Expansion und Säkularisation auf dem Hintergrund der buddhistischen Lehre NICHIRENS waren gleichfalls Sinn und Zweck der Gründung einer politischen Partei durch IKEDA Daisaku im Jahre 1964, der Kōmeitō.

## II. Kōmeitō

Kōmeitō bedeutet „Partei für einen reinen Staat“. Der Name wurde mit Bedacht gewählt, denn die Partei sollte eine Alternative zu der zeitweilig von Korruptions-skandalen heimgesuchten liberaldemokratischen Regierungspartei sein. „Wir haben lange gehofft, daß die japanische Politik sich durch eine Revolution des Menschen bessern und zu einer sauberen Politik beitragen würde. Aber aus Enttäuschung mußten wir um Japans und des Weltfriedens willen in die Politik gehen“, äußerte ein führendes Mitglied der Sōka Gakkai nach der Gründung der Partei<sup>5</sup>.

In der Öffentlichkeitsarbeit verwendet die Kōmeitō regelmäßig die Attribute „sauber, jung, aufrichtig und voller Energie“. Ihre Wahlplakate zeigten im Wahlkampf zu den Unterhauswahlen 1969 das strahlende Gesicht eines jungen Japaners und die Aufschrift: „Na klar! Ich wähle Kōmeitō!“.

Schon 1955, noch unter der Führung TODA Joseis, wurde die Sōka Gakkai politisch aktiv. Sie beteiligte sich vereinzelt an Wahlen auf kommunaler Ebene und entsandte Abgeordnete in Stadt- und Bezirksversammlungen. Aber erst IKEDA Daisaku trieb die Säkularisierungsanstrengungen mit größter Entschlossenheit voran. 1961 wurde als Vorläuferin der Kōmeitō die Kōmeiseijiremmei (Liga für eine Reine Staatspolitik) gegründet. Am 17. 11. 1964 schließlich rief der Präsident der Sōka Gakkai die Kōmeitō ins Leben. Auf dem vierten Parteitag im Februar 1967 gab die Parteileitung bekannt, daß die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder 200 000 betrage. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist die Zugehörigkeit zur Sōka Gakkai.

Die politischen Absichten der Kōmeitō waren in den ersten Jahren nach der Gründung der Partei äußerst undurchsichtig. Als oberstes Ziel galt das „ōbutsu myōgo“, d. h. die Verschmelzung von Politik und Religion. Kōmeitō nennt sich „die Partei des Wohlergehens der Volksmassen“, deren endgültige Aufgabe es sei, „der Welt das Gefüge für einen ewigen Frieden zu geben“. Wie dieser weltmissionarische Anspruch verwirklicht werden soll, wurde mit häufig wechselnden Schlagwörtern immer wieder neu umschrieben. Man verkündete die „Revolution des

---

<sup>5</sup> Vgl. Asahi Journal März 1967.

Menschen“ (ningen kakumei), als die führende Zeitung der Sōka Gakkai, Seikyō Shimbun (Zeitung der heiligen Lehre), mit dem Abdruck eines gleichnamigen Romans aus der Feder IKEDA Daisakus begann. Das Buch erreichte später die Spitze der japanischen Bestsellerlisten. Man forderte die Errichtung eines buddhistischen Staatsaltars (kokuritsu kaidan), den auch der Kaiser verehren sollte. Weitere Parolen lauteten „internationaler Nationalismus“, „neuer Sozialismus“, „humaner Sozialismus“ und „Weltdemokratie“.

Schließlich wurde auf dem vierten Parteitag der Kōmeitō am 13. 2. 1967 der Begriff der „Politik des Mittelweges“ (Chūdōseiiji) als Hauptpunkt in das Parteiprogramm aufgenommen. „Chūdōseiiji“ ist bis heute der Zentralbegriff im politischen Vokabular der Partei geblieben.

Schon am 3. 11. 1965 hatte IKEDA Daisaku in einem Grundsatzreferat vor der 15. Generalversammlung der Jungmänner-Abteilung der Sōka Gakkai den Versuch unternommen, mit dieser neuen Formulierung der Kōmeitō ein festes dogmatisches Fundament zu geben<sup>6</sup>. Er führte aus, daß eine Philosophie des Mittelweges, die den Immaterialismus und den Materialismus als die zwei Gegenpole der Welt, sowie die Gedanken des wahren Glaubens begreife, zwangsläufig zu dem Buddhismus des großen Weisen, NICHIREN, zurückführen müsse. Der mittlere Weg des wunderbaren Gesetzes (gemeint ist das Lotus-Sutra) sei fähig, den einseitigen Charakter von Immaterialismus und Materialismus zu überwinden, dürfe aber nicht als Synthese hergebrachter positiver Werte gesehen werden. Das sei vielmehr der kompromißlerische Kurs der konfuzianistischen und aristotelischen Schulen. Die wahre Lehre des Mittelweges habe einen eigenen starken Standpunkt: unberührt von Parteiinteressen und Parteipolitik ziele sie auf den Gewinn der Volksmassen ab, das Wohl der Volksmassen sei ihr oberstes Prinzip. IKEDAS Vortrag endete mit den Worten: „Zuzeiten werden wir die politischen Maßnahmen der konservativen Partei vertreten. Zu anderen Zeiten wiederum werden wir uns mit den Erneuerungsparteien koordinieren. Ich meine aber, daß wir schließlich einen Schritt weitergehen und in großem Maße eine dritte Kraft bilden müssen. Ich möchte die Behauptung aufstellen, daß die Verwirklichung des von der Welt ersehnten Friedens die Mission unseres Japans ist. Dieses Japan ist das einzige Land, welches Schaden durch die Atombombe erlitten hat. Geographisch liegt es an den Berührungspunkten zwischen Ost und West und muß daher Führer des nach vorn drängenden Asiens werden. Auch von der wirtschaftlichen Potenz, der nationalen Kraft ausgehend, ist es unerläßlich, daß Japan neben Amerika und der Sowjetunion in den ersten Rang der Nationen aufsteigt. Und wenn man es mit den Augen des wunderbaren Gesetzes sieht: Unser Japan wird mit Gewißheit die Lehre des ewigen Friedens verwirklichen — ist es denn nicht das Ursprungsland jenes großen Buddhismus, der die dekadenten Volksmassen erretten wird?“<sup>7</sup>

Die Parole von der Politik des Mittelweges erlaubt es der Kōmeitō, zu jeder Zeit den ihr opportun erscheinenden Standpunkt zu vertreten. Gleichzeitig wurzelt sie in jenem von einer Sendungsidee getragenen Nationalismus, den schon NICHIREN im 13. Jahrhundert predigte.

Kōmeitō hat jedoch im Laufe der Konfrontation mit der Politik der anderen Parteien konkretere Positionen im Hinblick auf die tagespolitischen Probleme bezogen und in einer Reihe von Programmen dargelegt. Darüber hinaus versucht sie sich

---

<sup>6</sup> Vgl. MURAKAMI, Sōka Gakkai-Kōmeitō, Tōkyō 1967, S. 216.

<sup>7</sup> MURAKAMI, Sōka Gakkai-Kōmeitō, Tōkyō 1967, S. 217.

von ihren Konkurrenten durch eine allgemeine Kritik an der Grundsatzlosigkeit der liberaldemokratischen Partei und an der „mangelnden Realisierungskraft“ der Demokratisch-Sozialistischen Partei abzuheben<sup>8</sup>.

Die Partei versteht sich als Verfechterin eines sauberen parlamentarischen Stils. Sie will sich damit in Gegensatz stellen zu der sozialistischen Übernahme gewerkschaftlicher Kampfaktiken in das Parlament auf der einen und liberaldemokratischen Winkelzügen auf der anderen Seite. Derartige Vorgänge haben mehrmals in der Geschichte des japanischen Parlamentarismus zu Arbeitsblockierungen und Tätlichkeiten geführt, die der japanischen Öffentlichkeit noch in unliebsamer Erinnerung sind. Kōmeitō dagegen fordert „das gemeinsame Gespräch, bis sich die Auffassungen decken“ (hanashiai)<sup>9</sup>.

Ausgehend von ihrer Auffassung der ganzen Welt als einer Einheit, zu deren Bekehrung sich die religiöse Mutterorganisation Sōka Gakkai berufen meint, stellt die Kōmeitō die Vereinten Nationen in den Mittelpunkt ihrer politischen Pläne. Japan soll dort eine Politik der absoluten Neutralität verfolgen und zu allen Staaten „die gleiche Distanz“ wahren. Das erfordere ein Ende des „Segelns im Fahrwasser der USA“<sup>10</sup>. Mühelos läßt sich in dieses Konzept die Forderung der Kōmeitō einordnen, in Tōkyō ein asiatisches Hauptquartier der UNO einzurichten. Damit sei der Weg frei für einen stufenweisen Abbau des japanisch-amerikanischen Sicherheitssystems, der in den frühen siebziger Jahren erfolgen müsse. Die weltweite, vollkommene Abrüstung und eine völlige Abschaffung von Kernwaffen sowie Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Friedens in der Welt durch eine stehende Polizeistreitkraft der Vereinten Nationen seien voranzutreiben. Im Zeitpunkt der Vollendung der Abrüstung könne eine Eingliederung der japanischen Selbstverteidigungstruppen in die UNO-Polizeistreitkraft erfolgen<sup>11</sup>.

Die Kōmeitō präsentiert sich als Gegner einer Wiederaufrüstung Japans. Im Wahlkampf Ende 1969 hat sie erklärt, sie verteidige die „Friedensverfassung“ von 1947, in deren Art. 9 das japanische Volk für immer auf den Krieg als souveränes Recht der Nation verzichtet. Zum vollen Verständnis der Haltung der Kōmeitō in dieser Frage muß jedoch die Entstehungsgeschichte der japanischen Nachkriegsverfassung kurz beleuchtet werden.

Die japanische Verfassung vom 3. Mai 1947 beruht auf einem unter Führung der amerikanischen Besatzungsmacht ausgearbeiteten Entwurf, der der japanischen Regierung am Nachmittag des 5. März 1946 ultimativ zur Annahme bis zum Ablauf des Tages zugestellt wurde. Die darin enthaltene Kriegsverzichtsklausel geht auf die persönliche Initiative des Supreme Commander for the Allied Powers (SCAP), General Douglas MacArthur, zurück. MacArthur setzte sich damit über eine Anweisung des amerikanischen Staatssekretärs Byrnes vom 17. 10. 1945 hinweg, in der noch von der Eventualität einer künftigen Zulassung japanischer Streitkräfte die Rede war<sup>12</sup>. Es erscheint allerdings als sicher, daß der Verzicht auf Krieg und Heer ursprünglich von dem damaligen japanischen Ministerpräsidenten SHIDEHARA Kijūrō angeregt wurde, der mit diesem hohen Preis den Fortbestand des Kaiser-Systems in seiner alten Form (kokutai) erreichen wollte. SCAP griff den Gedanken enthusiastisch auf und erstreckte in seiner ersten Direktive zum

---

8 Vgl. „Kōmeitō“ in: Asahi Journal, März 1967.

9 Kōmeitō Shinseisaku Jūkōmoku, Tōkyō 1966, Punkt 1.

10 Ebenda, Punkt 2.

11 Ebenda, Punkt 3.

12 Zit. nach McNelly, Contemporary Government in Japan, London 1963, S. 37.

Entwurf einer Verfassung die Absage an den Krieg sogar auf den Fall der Gefährdung der eigenen Sicherheit Japans. Japan müsse sich zu seiner Verteidigung und zu seinem Schutz auf jene „höheren Ideale verlassen, die jetzt die Welt bewegen“<sup>13</sup>. MacArthur dachte auf der anderen Seite nicht daran, die verfassungsrechtliche Stellung des Kaisers unberührt zu lassen, sondern reduzierte sie zu der eines „Staatsoberhauptes, das sein Amt dem Willen des Volkes entsprechend ausübt“<sup>14</sup>.

Die Kriegsverzichtsklausel des Art. 9 jap. Verfassung von 1947 muß somit auf dem Hintergrund der Verknüpfung mit dem kokutai-System gesehen werden. Mit der Begründung, die Verfassung von 1947 sei Japan aufoktroziert worden und entspreche nicht japanischem Wesen, haben die von der Liberaldemokratischen Partei getragenen konservativen Regierungen in den letzten Jahren mehrfach verfassungsrechtliche Kommissionen damit beauftragt, die Möglichkeiten einer Verfassungsneuschöpfung auszuloten und den Entwurf einer neuen Verfassung vorzubereiten.

Die japanischen Kommunisten sehen hierin einen Versuch der Rückkehr zum japanischen Militarismus und Imperialismus, verbunden mit der Restauration des Kaisers als Oberhaupt eines shintōistischen Staatsnationalismus, und sie setzen sich gegen eine Änderung der „Friedensverfassung“ (die gem. Art. 96 einer absoluten Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Häusern und eines Volksentscheids bedarf) entschieden zur Wehr.

Aber auch der Kōmeitō als Tochterorganisation der buddhistischen Sōka Gakkai kann ein verfassungsrechtlicher Wandel, der das mit dem Shintō verbundene Kaiserhaus stärkt und als Bezugsobjekt des japanischen Nationalismus wieder in den Mittelpunkt rückt, nicht angenehm sein.

Die Verteidigung der „Friedensverfassung“ durch die Kōmeitō muß daher eher unter diesem Gesichtspunkt und nicht als grundsätzliche Ablehnung einer japanischen Selbstverteidigungstreitkraft oder jeder Verfassungsänderung gesehen werden.

Die Partei selbst nannte aus ihrem Gesichtswinkel heraus ihre Haltung treffend: „Opposition gegen eine Änderung der Verfassung zum Schlechteren“<sup>15</sup>.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik will die Kōmeitō einen „verbesserten Kapitalismus“ schaffen. Die durch die Konkurrenz bedingte Kampfstellung der Unternehmen soll gelockert werden, mittlere und kleine Betriebe seien unter den Schutz des Staates zu stellen; insbesondere die Land- und Fischereiwirtschaft bedürften der Unterstützung<sup>16</sup>. Die Stabilisierung der Preise müsse durch Sofortmaßnahmen wie einem Stopp der Erhöhung des Verbraucherreispreises und der Preise öffentlicher Dienstleistungen erreicht werden. Die Kōmeitō beabsichtigt, den Lebensstandard zu verdoppeln. Im Bereich der Finanzen verspricht sie Einkommenssteuerfreiheit für Jahreseinkommen unter 1 Million Yen.

Auf dem Bildungssektor schlägt die Partei den Bau weiterer staatlicher und die Subventionierung der privaten Universitäten vor. Eine akademische Ausbildung durch das Fernsehen soll ermöglicht werden.

Wohnungsbau, Verkehrswesen und den Sozialbereich betreffend haben die Aussagen der Kōmeitō zunehmend lapidaren Charakter. So lautet Punkt 5 der am 25. 7. 1966 veröffentlichten „Zehn Programmpunkte einer neuen Politik“: „Die

---

13 Ebenda, S. 40.

14 Ebenda, S. 43.

15 Kōmeitō Shinseisaku Jūkōmoku, Tōkyō 1966, Punkt 10.

16 Ebenda, Punkt 8.

Schwierigkeiten im Wohnungs- und Verkehrsbereich werden gelöst“; in Punkt 4 des Parteiprogramms vom 13. 2. 1967 heißt es: „Eine sorgenfreie soziale Sicherheit wird verwirklicht<sup>17</sup>.“

Die soziale Fürsorge im Alltag ist jedoch ein besonderer Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Partei. Kōmeitō hat in allen größeren japanischen Städten und auf dem Lande Beratungsstellen eingerichtet, in denen tagtäglich zahlreiche Anfragen und Anträge aus der Bevölkerung bearbeitet werden. Die Parteispitze sieht darin ein weiteres wirksames Instrument zur politischen und religiösen Bekehrung. Führer der Kōmeitō sind der Parteivorsitzende TAKEIRI Yoshikatsu (geb. 1926) und der Generalsekretär YANO Junya (geb. 1933). Ihre Ernennung wurde von dem Präsidenten der Sōka Gakkai, IKEDA Daisaku, bewirkt. IKEDA nimmt ebenso entscheidenden Einfluß auf die Besetzung des vierzigköpfigen geschäftsführenden Ausschusses, der bisher als oberstes Parteigremium die Realisierung des politisch-religiösen Auftrags geplant und betrieben hat. In der Parteiarbeit sind Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse nicht bekannt, es wird stets Einmütigkeit durch „hanashiai“ (Gespräche, bis sich die Auffassungen decken) angestrebt. Auf Parteitagungen werden Resolutionen durch Akklamation angenommen.

Die Methode des hanashiai, mag sie in ihrem Ziel der Erlangung absoluter Übereinstimmung auch beispielhaft sein, kann jedoch lähmend wirken, soweit keine Bereitwilligkeit zum Verzicht auf die eigene Überzeugung besteht. Eine solche Situation kann sich insbesondere dann ergeben, wenn das Entscheidungsgremium so groß ist, daß Einfluß und Ausstrahlung des Führers nicht jeden erreicht und die Gefahr der Fraktionbildung akut wird. Diese Erfahrung hat wohl die Parteispitze der Kōmeitō gemacht. Zu Beginn des Jahres 1970 gab der Vorsitzende TAKEIRI die Einrichtung eines ständigen Zentralkomitees über dem vierzigköpfigen geschäftsführenden Ausschuss bekannt, dem nur sieben Mitglieder angehören sollen. Seine Aufgabe sei es, die wirksame Führung der Parlamentsabgeordneten der Kōmeitō sicherzustellen<sup>18</sup>.

Durch die Wahlen zum Unterhaus vom 27. 12. 1969 ist Bewegung in die Partei geraten.

Die politischen Vertreter der Sōka Gakkai haben bei Wahlen stets außerordentlich gut reüssiert. Das liegt vor allen Dingen daran, daß ihnen das Stimmenpotential der Sōka-Gakkai-Anhänger immer sicher war. Die Kandidaten der Kōmeitō sind jedoch, wie statistische Erhebungen zeigen, nicht nur auf die Gefolgschaft der buddhistischen Laienorganisation angewiesen. Nachdem ihre Vorläuferin Kōmeiseijiremmei im Jahre 1962 bei den Wahlen zum Haus der Staatsräte (Sangi-in) einen 100prozentigen Sieg erringen konnten — alle neun Bewerber hatten Erfolg —, nahm die Kōmeitō erstmals 1965 an Oberhauswahlen teil. Auf Anhieb gelang es ihr, 15 Sitze zu gewinnen; sie verdrängt damit die Demokratisch-Sozialistische Partei aus der Position der drittstärksten Fraktion. Nach der letzten Wahl vom 30. 9. 1968 zeigt sich im Oberhaus folgende Sitzverteilung:

Liberaldemokratische Partei	137
Sozialistische Partei	64
Kōmeitō	24
Demokratisch-Sozialistische Partei	10
Kommunistische Partei	7
Unabhängige	8

17 Kōmeitō Jūten Seisaku, Tōkyō 1967.

18 Vgl. Mainichi Shimbun vom 6. 1. 1970.

Entgegen der ursprünglich geäußerten Absicht, in das Haus der Abgeordneten (Shūgi-in) keine Vertreter zu entsenden, nahm die Kōmeitō 1967 erstmals an Unterhauswahlen teil und errang 25 Mandate. Am 27. 12. 1967 ergab sich folgendes Bild:

Liberaldemokratische Partei	281
Sozialistische Partei	138
Demokratisch-Sozialistische Partei	31
Kōmeitō	25
Kommunistische Partei	5
Unabhängige	3

Kōmeitō stand damit an vierter Stelle, hinter den Demokratischen Sozialisten.

In den jüngsten Wahlen zum Unterhaus konnte die Kōmeitō einen weiteren beträchtlichen Erfolg erzielen.

Die Wahlen waren von Ministerpräsident SATŌ Eisaku unmittelbar nach seiner Rückkehr von einem Besuch der USA für den 27. 12. 1969 angesetzt worden. SATŌ hatte in Washington das Okinawa-Problem mit der Vereinbarung der Rückgabe der Insel im Jahre 1972 an Japan regeln können. In dem kurzen Wahlkampf war bemerkenswert, daß nicht der Ministerpräsident, sondern die Kandidaten der Kōmeitō bei öffentlichen Reden die größten Zuhörerscharen anzogen. Es ist ein Beweis für die feste Organisation der Sōka Gakkai, wenn Zehntausende sich bei Kōmeitō-Kundgebungen versammelten, während SATŌ vor wenigen Hunderten sprach.

Die Wahlen brachten das Ergebnis:

Liberaldemokratische Partei	288
Sozialistische Partei	90
Kōmeitō	47
Demokratisch-Sozialistische Partei	31
Kommunistische Partei	14
Unabhängige	13

Die Liberaldemokratische Partei konnte ihre Sitzstärke in der Folge durch den Übertritt von zwölf Unabhängigen auf 300 erhöhen; ein Unabhängiger trat den Demokratischen Sozialisten bei.

Der Kōmeitō gelang es fast, die Zahl ihrer Mandate zu verdoppeln. Alle ihre Kandidaten in den großen Städten Tōkyō, Ōsaka und Kyōto waren siegreich. In Tōkyō bewarben sich Kōmeitō-Politiker in jedem der zehn Wahlbezirke der Hauptstadt, und alle wurden gewählt. Statistische Auswertungen bestätigen die Auffassung, daß die Wählerschaft der buddhistischen Partei in erster Linie in den Großstädten bei jener unteren Mittelschicht zu finden ist, die von der Lehre der Sōka Gakkai primär angesprochen wird.

Auf jeden Fall besitzt die große religiöse Laienbewegung nunmehr einen kräftigen politischen Arm, der stark genug ist, die japanische Politik zu bewegen. Jene Prognosen erscheinen nicht mehr unglaubwürdig, nach denen die Kōmeitō der stark dezimierten, zur Zeit noch zweitstärksten Sozialistischen Partei in absehbarer Zukunft den Rang ablüft.

In Anbetracht dieser Entwicklung drängt sich immer deutlicher die Frage auf, ob die erste klerikale Partei in der Geschichte Japans nicht verfassungswidrig ist. Denn Art. 20 Abs. 1 S. 2 jap. Verfassung von 1947 lautet (in der englischen Version, die

in japanischen Gesetzessammlungen gleichwertig neben der japanischen Fassung abgedruckt ist<sup>19</sup>: „No religious organization shall receive any privileges from the State, nor exercise any political authority“.

Diese Vorschrift war ursprünglich gegen die Verquickung von Staat und Shintō gerichtet, sie erscheint jetzt unmittelbar auf die Kōmeitō anwendbar. Die Kōmeitō ist, wie dargelegt, auf das engste mit der Sōka Gakkai verbunden. Sie ist als Instrument der Säkularisation des Gedankenguts der religiösen Organisation geschaffen worden und übt als solches mit 25 Abgeordneten im Oberhaus und 47 Abgeordneten im Unterhaus des japanischen Parlaments politische Macht aus. Unter diesen Voraussetzungen verstößt die Existenz der Kōmeitō gegen die japanische Verfassung.

Die Gefahr einer solchen Rechtslage für die junge buddhistische Partei zeigte sich zu Beginn des Jahres 1970 in einer aufsehenerregenden Affäre, über die all japanischen Zeitungen berichteten<sup>20</sup>.

FUJIWARA Hirotsu, Professor an der Meiji-Universität und politischer Kommentator, beschuldigte Kōmeitō, auf ihn, seinen Verleger und Buchhandlungen Druck ausgeübt zu haben, um die Verbreitung eines von ihm verfaßten kritischen Buches über die Sōka Gakkai zu verhindern. Die Kommunistische Partei nahm sich dieser Angelegenheit an und veröffentlichte in ihrem Organ Akahata (Rote Fahne) Einzelheiten über massive Einschüchterungsversuche gegen jene, die mit der Veröffentlichung und Werbung für das Buch zu tun hatten. Die Kōmeitō wies alle Anschuldigungen als unwahr und erfunden zurück. Es stellte sich dann heraus, daß TANAKA Kakuei, der Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei, beim Autor FUJIWARA einen Vermittlungsversuch zugunsten der Kōmeitō unternommen hatte und daß FUJIWARA von den Gesprächen mit Kōmeitō-Politikern Tonbandaufnahmen besaß. Darauf fanden sich mehr als zweihundert Gelehrte und Schriftsteller zusammen, um gegen das Vorgehen der buddhistischen Partei geschlossen zu protestieren. Der Kōmeitō wurde vorgeworfen, sie beabsichtige die Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 21 Abs. 1 jap. Verfassung) zu unterdrücken. Sozialisten, Demokratische Sozialisten und Kommunisten kündigten an, im Parlament eine Untersuchung der Vorfälle durchzusetzen. Angesichts derartiger Angriffe an breiter Front nahm die Kōmeitō eine andere Haltung ein. YANO Junya, der Generalsekretär der Partei, gab zu, man habe von dem Verfasser eine objektive Kritik und Anerkennung der Tatsachen verlangt: „Wir bedauern, daß wir mit diesem Vorfall Mißtrauen erregt haben, und üben Selbstkritik.“ Der Verantwortliche, ein Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses, habe seinen Rücktritt erklärt.

Damit war es der Kōmeitō gelungen, die aufgebrachte Öffentlichkeit einigermaßen zu besänftigen, wenn auch nicht, eine Diskussion der Angelegenheit im Parlament zu verhindern.

Die Buch-Affäre kann das Signal für die Enttabuisierung von Sōka Gakkai und Kōmeitō gewesen sein. Immerhin verweigerten in einer Umfrage der Wochenschrift Shūkan Bunshun Ende 1969 noch vierzig Prozent der befragten führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit fadenscheinigen Entschuldigungen, zur Kōmeitō Stellung zu nehmen<sup>21</sup>. FUJIWARA klagte über Drohbriefe, die er täglich erhalte, und kritisierte, daß die führenden japanischen Zeitungen die Ab-

---

19 Vgl. IWANAMI (Hrsg.), Kihon Roppō, Tōkyō 1964.

20 Vgl. Asahi Shimbun vom 17. 1. 1970.

21 Vgl. Shūkan Bunshun vom 29. 12. 1969.

nahme von Anzeigen für sein Buch verweigert hätten. Andere warfen der Sōka Gakkai Intoleranz und ein undemokratisches Führerprinzip vor. Es wurde die Befürchtung ausgedrückt, die Kōmeitō werde die Redefreiheit beschneiden und gegen das Kaiserhaus vorgehen. Weniger zahlreich fanden sich positive Äußerungen. Übereinstimmend waren jedoch Gegner und Befürworter der Meinung, daß Kōmeitō und Sōka Gakkai identisch sind.

Die buddhistische Laienbewegung und ihr politischer Wegbereiter haben ohne Verzug die neue Situation analysiert und wegen der Gefährdung ihrer Säkularisationsbestrebungen im Hinblick auf Art. 20 Abs. 1 S. 2 jap. Verfassung Konsequenzen gezogen. Am 5. Januar 1970 gaben der Parteivorsitzende TAKEIRI und Generalsekretär YANO vor der Presse die Niederlegung ihrer Ämter in den Spitzengremien der Sōka Gakkai bekannt<sup>22</sup>. Am 20. 1. 1970 wurde gemeldet, daß auch die restlichen 45 Unterhaus-Abgeordneten der Kōmeitō von ihren Führungsposten in der Sōka Gakkai zurückgetreten seien und daß die der Partei angehörenden Mitglieder des Oberhauses diesem Schritt Folge leisten würden. Als Begründung verwies man auf die Notwendigkeit, sich voll und ganz der Politik zu widmen<sup>23</sup>.

Mit dieser Neuorganisation scheint formell die Trennung zwischen Sōka Gakkai und Kōmeitō vollzogen, obwohl ja die Politiker Mitglied der religiösen Bewegung bleiben und nur offiziell keine Spitzenämter in ihr bekleiden. Die Kōmeitō wird in Zukunft mit Sicherheit jede religiöse Implikation vermeiden. Ihre politischen Ziele, vom Präsidenten der Sōka Gakkai, IKEDA Daisaku, auf der Grundlage der Schriften NICHIRENS entwickelt, sind jedoch die gleichen geblieben. Ihr Missionsauftrag, „der Welt den ewigen Frieden zu bringen“, wird auch das künftige Handeln der buddhistischen Partei bestimmen.

Mit diesen Motiven befürwortet Kōmeitō die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum kommunistischen China. Der Parteivorsitzende TAKEIRI plant, die Volksrepublik China Anfang Juni 1970 zu besuchen; indirekte Kontakte zu Peking sind bereits geknüpft. Der sowjetische Botschafter in Tōkyō, Oleg A. Troyanowskij, hat eine Parteidelegation der Kōmeitō für dieses Jahr nach Moskau eingeladen. Des weiteren ist ein Besuch in den Vereinigten Staaten beabsichtigt, „um Möglichkeiten einer Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik China zu erkunden“<sup>24</sup>.

Setzt sich der Aufstieg der Sōka Gakkai fort? Wie sieht die Zukunft der Kōmeitō aus?

Die Sōka Gakkai hat jene, durch die rasante ökonomische und technologische Entwicklung verunsicherte urbane Mittelschicht in ihrer Lehre von Glück und Wohlstand auf Erden im ersten Ansturm erobert. Ihre weitere Missionsarbeit wird schwieriger, muß differenzierter sein. In den Städten gilt es, die große Zahl der Anhänger zu halten und weiter auszubauen. Dabei darf die buddhistische Laienbewegung es nicht versäumen, sich dem gesellschaftlichen Strukturwandel anzupassen. Versprechen materiellen Gewinns in Zeiten wirtschaftlichen Überflusses verfehlen ihre Wirkung; für die Sōka Gakkai bleibt die nationale, gemeinschafts-betonende Komponente.

Eine wichtige, bislang ungelöste Aufgabe ist die Bekehrung der Landbevölkerung. Auf dem Lande sind die alten Bräuche und der Glauben, die aus der Zweispurigkeit von Shintō und Buddhismus resultierende traditionelle religiöse Toleranz noch

22 Vgl. Asahi Shimbun vom 6. 1. 1970.

23 Vgl. Asahi Shimbun vom 20. 1. 1970.

24 Vgl. Mainichi Shimbun vom 13. 1. 1970.

tief verwurzelt. Ebenso verankert ist die Verehrung des Kaiserhauses. Eine Abkehr von den überkommenen Werten und eine Hinwendung zur Unduldsamkeit des Nichiren-Buddhismus zu erreichen, scheint kaum möglich. Die Sōka Gakkai wird jedoch bei ihrer Arbeit die frustrierenden Auswirkungen der zunehmenden Verstärkung der ländlichen Gebiete zu nutzen wissen.

Der Aufwärtstrend in der Entwicklung der Sōka Gakkai dürfte sich unter günstigsten Bedingungen, wenn auch abgeflacht, noch für einige Jahrzehnte fortsetzen.

Die größte Gefahr droht der Bewegung aus sich selbst heraus, aus gerade jenem Charakteristikum, das ihre gegenwärtige Stärke bewirkt: die Ausrichtung auf das Charisma ihres Führers IKEDA Daisaku. Heute ist die Sōka Gakkai ohne ihn unvorstellbar. Es ist zweifelhaft, ob später eine schwächere Persönlichkeit als Nachfolger IKEDAS die gewaltige Organisation wirksam kontrollieren kann oder ob dann nicht eine Spaltung unabwendbar ist. In Voraussicht dieser Möglichkeit bemüht sich offenbar IKEDA selbst, die allzugroße Dependenz abzubauen: Am 5. Januar 1970 wurde die Ernennung von drei Vizepräsidenten, HOJO Hiroshi, MORITA Kazuya und AKITA Einosuke, zur Unterstützung des Präsidenten bekanntgegeben<sup>25</sup>.

Die Sōka Gakkai wird in Japan keine Mehrheitsbewegung werden. Dazu ist die japanische Gesellschaft zu pluralistisch — bietet sich doch in ihr sogar den religiös-national gesonnenen Mitgliedern neben Sōka Gakkai und NICHIREN-Buddhismus noch eine gewichtige Alternative: das Kaiserhaus und der Shintōismus.

Erklärtes Ziel der Sōka Gakkai ist die Verwirklichung des irdischen Paradieses durch die Bekehrung mindestens eines Drittels der Menschheit, ein Drittel der japanischen Bevölkerung soll bis zum Jahre 1990 konvertiert sein<sup>26</sup>. Diese Aufgabe verfolgt die buddhistische Laienbewegung zur Zeit mit verhaltener, aber ungebrochener Energie.

Heute bereits ein mächtiger Faktor im japanischen Staat, hat die Sōka Gakkai ihren Zenit noch nicht überschritten. Für die Kōmeitō als Tochterorganisation der Sōka Gakkai gilt entsprechend, daß auch sie versuchen muß, in großem Umfang neue Anhänger zu gewinnen.

Die Parteileitung hatte am 4. 12. 1969 geäußert, sie beabsichtige, in den Unterhauswahlen mindestens 50 Sitze zu erlangen<sup>27</sup>. Von ihren 76 aufgestellten Kandidaten waren jedoch nur 47 siegreich, die anderen unterlagen vor allem in den ländlichen Gebieten. Die Kōmeitō wird daher parallel zur Sōka Gakkai ihr Werben um die Landbevölkerung intensivieren. Der Machtkampf gegen die — noch zweitstärkste — Sozialistische Partei Japans hat schon begonnen. Die Kōmeitō will deren abbröckelndes Wählerpotential auffangen. In einer Neujahrs-Verlautbarung sagte der Parteivorsitzende TAKEIRI, man werde wachsam beobachten, ob die Regierung und die Liberaldemokratische Partei auf Rechtskurs gingen<sup>28</sup>. Damit sprach TAKEIRI eine oft gehörte Befürchtung der Sozialisten aus. Auffällig ist weiter, wie die Kōmeitō im Unterhaus neuerdings entschieden Sozialprogramme und Steuererleichterungen für untere Arbeitnehmerschichten verfißt.

Nach der Bereinigung der organisatorischen Verflechtung mit der Sōka Gakkai ist auch für die Zukunft die Gefahr einer Klage auf Verfassungswidrigkeit gem. Art. 20 Abs. 1 S. 2 jap. Verfassung ausgeräumt.

---

25 Vgl. Asahi Shimbun vom 6. 1. 1970.

26 Vgl. Time Magazine vom 17. 1. 1969.

27 Vgl. Mainichi Shimbun vom 6. 12. 1969.

28 Vgl. Asahi Shimbun vom 3. 1. 1970.

In der noch schwelenden Auseinandersetzung mit den linksgerichteten Parteien über die Buch-Affäre kann die Kōmeitō des Wohlwollens der Liberaldemokratischen Partei sicher sein, wie der Vermittlungsversuch des liberaldemokratischen Generalsekretärs TANAKA gezeigt hat. Es geht den Liberaldemokraten im gegenwärtigen Stadium der Konfrontation mit der Linken weniger darum, für den Fall einer künftigen Koalition mit den NICHIREN-Buddhisten vorzusorgen, als um die Erhaltung einer national-konservativen Kraft außerhalb des Regierungslagers. Die liberaldemokratische Regierungspartei wird ihre Taktik ändern, wenn sich durch Erfolge der Kōmeitō die Eventualität einer Koalition zwischen Kōmeitō und Demokratischen Sozialisten abzeichnet. Diese Konstellation liegt im Bereich des Möglichen. In einem Land mit konservativer Grundhaltung wie Japan ist der eigentliche Kontrahent der staatstragenden Liberaldemokratischen Partei und des Kaiserhauses die geistlich-weltliche Einheit von Sōka Gakkai und Kōmeitō. In ihrer Jugend liegen für die buddhistische Bewegung Nachteil und Chance: der Nachteil gegenüber dem seit alters integrierend wirkenden shintōistischen Kaiserhaus, die Chance in der Gewinnung der nach neuen Werten suchenden jungen japanischen Generation.